

23.04.2010

## **Bauernhöfe statt Agrarfabriken**

### **Agrarfabriken in der Nachbarschaft – Auswirkungen für die AnwohnerInnen**

Gut 110 Teilnehmer diskutierten am 19. April mit Paul Heinz Wesjohann, Gründer von Wiesenhof, Eckehard Niemann, Sprecher des Netzwerkes „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“, unseren Abgeordneten und anderen über die ökonomischen, ökologischen und sozialen Folgen der fortschreitenden Industrialisierung in der Tierhaltung.

Die Grünen kündigten eine Initiative zur Änderung des Baugesetzbuches an, um der privilegierten Bewilligung von Tierfabriken im Außenbereich einen Riegel vorzuschieben. Im Auftaktvortrag stellte **Klaus Richter** von der "Bürgerinitiative für die Werterhaltung der Region Billerbeck" exemplarisch für alle anderen anwesenden BIs ihre Arbeit vor. Die Region, ob ihrer landschaftlichen Schönheit gerne auch als die Toskana des Münsterlands bezeichnet, wird von Schweine- und Hühnchenmastanlagen überzogen. Die Bürgerinitiative fordert eine steuernde Einwirkung des Stadtrates auf die weitere Ansiedlung von Massentierhaltungsanlagen. Als wichtige Aktion für jede Bürgerinitiative bezeichnete Herr Richter die Durchführung einer Unterschriftenaktion, um den Rückhalt in der Bevölkerung zu belegen. Er wies darauf hin, dass die Bewilligungsbehörden trotz Formfehler im Beantragungsverfahren oder fehlerhafter Gutachten viele Anträge einfach nur durchwinken würden. Denn die zuständigen Kommunen müssten sich nicht weiter mit den Umweltbelastung, die durch die Ställe entstünden, auseinandersetzen. Richter forderte, dass "Wachsen oder Weichen" nicht mehr die Prämisse der Zukunft sein dürfe, und dass die Agrarpolitik entsprechend andere Akzente setzen müsse.

**Dr. Hanspeter Ammann**, Arzt aus dem Münsterland und ebenfalls aktiv in der BI Billerbeck, ging auf die gesundheitlichen Folgen der Massentierhaltung für Anwohnerinnen und Anwohner ein. Eine besonders große Gefahr geht von multiresistenten Staphylokokken-Bakterien (MRSA) aus. Bisher waren diese für Desinfektionsmittel und Antibiotika resistenten Krankheitserreger vor allem aus Krankenhäusern bekannt, wo sie nach Schätzungen zu 40.000 Toten jährlich führen. Inzwischen wurde aber bestätigt, dass auch die Intensivtierhaltung beste Entwicklungsbedingungen für MSRA bietet. 30 – 35 Prozent der Landwirte im Münsterland tragen solche Keime auf der Haut und tragen diese auch in Krankenhäuser ein. In einem Umkreis von 500 Metern um Massentierhaltungsanlagen lassen sich MRSA in deutlich erhöhten Konzentrationen in der Luft nachweisen.

Aus Gründen der Lebensmittelsicherheit forderte daher ein Geflügelschlachthof, dass im Umkreis von 3000 m keine Tierhaltungsställe angelegt werden sollen. Der Abstand von Ställen zu Nachbarhäusern ist meistens deutlich geringer.

### **Tierschutz und Massentierhaltung – ein Widerspruch?**

**Dr. Rainer Hagencord**, Leiter des Instituts für theologische Zoologie in Münster, leitete mit einem Impulsvortrag in die nachfolgende Podiumsdiskussion ein. Anhand von Textauszügen aus der Bibel und Zitaten verschiedener bekannter Theologen wie Thomas von Aquin oder Nikolas von Kues machte er deutlich, dass dem Tier eine kreatürliche Würde zukommt. Dieser müsse im Umgang mit den Tieren Rechnung getragen werden. "Macht Euch die Erde Untertan" interpretierte er in dem Sinne, dass der Mensch als guter Hirte Verantwortung für Tiere und Umwelt übernehmen müsse. Er erklärte, dass erst in der Neuzeit die Wertschätzung für die Tiere verloren gegangen sei und Tiere fortan als Sachen oder "seelenlose Automaten" bezeichnet worden wären. Dies müsse sich wieder ändern.

In der anschließenden Diskussion verdeutlichte **Wolfgang Apel**, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes, dass nicht unbedingt die Anzahl der gehaltenen Tiere sondern die Art der Haltung entscheidend für den Tierschutz sei. Haltungen, in denen Tiere leiden und ihr art Eigenes Verhalten nicht

ausleben können, lehnte er als tierquälerisch ab. Im Gegenzug müsse die tiergerechte Haltung gefördert und ausgebaut werden, so wie dies der Tierschutzbund über seine Beteiligung am Neuland-Programm für Qualitätsfleisch aus artgerechter Haltung tue. Er kritisierte zudem, dass Fleisch durch die industriellen Erzeugerbetriebe und den Handel zu einem Billigprodukt gemacht würde und forderte eine Erhöhung der Wertschätzung tierischer Produkte ein.

**Paul Heinz Wesjohann**, Mitinhaber der PHW-Gruppe/Wiesenhof, versuchte die besonderen Standards seines Unternehmens herauszuheben, wie den ausschließlichen Einsatz von gentechnisch freiem Futter seit 1998 oder die Bemühungen um Salmonellen freie Bestände und Futtermittel. Er zog sich auf den Standpunkt zurück, dass sein Unternehmen die Vorgaben der Gesetzgebung für die Tierhaltung einhalte und damit tiergerecht arbeiten würde. Vorwürfe der Medien zu Tierquälerei auf Wiesenhof-Muttertierfarmen tat er als Einzelfälle ab.

Zudem wies er den Verbraucherinnen und Verbrauchern eine große Mitverantwortung für die heutigen Haltungsbedingungen zu. Diese würden schließlich billiges Fleisch kaufen wollen. Einen Markt für tiergerecht erzeugte Produkte zweifelte er an.

Diese Einschätzung wurde von **Jochen Dettmer**, Agrarsprecher des BUND und Bundesgeschäftsführer von Neuland, widerlegt. Er verwies auf eine Studie der Uni Göttingen, die eine Nachfrage von 20 Prozent für artgerecht erzeugte Fleisch- und Wurstwaren belegt. Damit läge ein klarer Fall von Marktversagen vor. Dies könne z.B. durch die Einführung einer Kennzeichnung behoben werden.

**Eckehard Niemann**, Sprecher des Netzwerkes "Bauernhöfe statt Agrarfabriken", machte deutlich, dass es inzwischen eine breite gesellschaftliche Bewegung für eine Verlagerung der Nutztierhaltung raus aus den Konzernen hin zur bäuerlichen Landwirtschaft gäbe. Im Bündnis seien neben verschiedenen Verbänden wie dem BUND, der AbL, Pro Vieh und dem Tierschutzbund auch 70 Bürgerinitiativen zusammengeschlossen. Er prangerte zudem an, dass Großunternehmen wie Wiesenhof die Landwirte in eine extreme Abhängigkeit treiben würden. Die Betriebe müssen Jungtiere und Futter von Wiesenhof kaufen und ihre Tiere dann an Wiesenhof verkaufen, das wirtschaftliche Risiko der Aufzucht hingegen tragen sie allein. Verschärft würde die Situation dadurch, dass auch auf Initiative der Großunternehmen bis zum nächsten Jahr 900 neue Ställe für die Hühnermast geplant seien, der Marktzuwachs für Hühnerfleisch aber durch 80 neue Ställe bedient werden könne. Überproduktion und Preisverfall wären damit vorprogrammiert.

Die stellvertretende grüne Fraktionsvorsitzende **Bärbel Höhn** stellte klar, dass es Aufgabe der Politik sei, den Tierschutz in der Nutztierhaltung zu stärken, da es für die Akteure schwierig sei, aus dem bestehenden System auszubrechen. Sie berichtete von ihren Erfahrungen als Landwirtschaftsministerin in Nordrhein-Westfalen, wo es ihr durch entsprechende Förderprogramme und rechtliche Vorgaben gelungen sei, die bäuerliche Landwirtschaft zu stärken und die Massentierhaltung aus dem Land zu halten. Die jetzige schwarz-gelbe Landesregierung habe die Bedingungen aber grundlegend geändert und damit die boomende Ansiedlung von Hühner- und Schweinemastställen in NRW zu verantworten. Sie verwies zudem darauf, dass sich die Diskussion über die Höhe des Fleischkonsums im Zusammenhang mit dem Klimaschutz weiter verschärfen würde und sich die Unternehmen besser schon heute auf diese Entwicklungen einstellen würden.

## **Rahmenbedingungen für eine artgerechte Tierhaltung**

Den Hinweis auf die Verantwortung der Politik griff der agrarpolitische Sprecher **Friedrich Ostendorff** auf und stellte vor, welche konkreten Schritte die Grünen zur Stärkung der artgerechten Nutztierhaltung planen. Neben einer Änderung des Baugesetzbuches, um der bevorzugten Behandlung der gewerblichen Tierhaltung einen Riegel vorzuschieben, sprach er eine Verschärfung der Genehmigungsverfahren, die Bindung der Agrar- und Investitionsförderung an flächengebundene Tierhaltung und umweltbezogene Mindeststandards, die Einführung einer verbindlichen Tierschutz-Kennzeichnung sowie ein Verbot der Verbrauchertäuschung in der Werbung an.

**Stephan Keller**, Beigeordneter des Städte- und Gemeindebundes NRW, unterstrich angesichts der sperrigen Rechtssprechung in diesem Bereich die Notwendigkeit, den Paragraf 35 des Baugesetzbuches zu privilegierten Bauvorhaben im Außenbereich so zu verändern, dass industrielle Tierhaltungsanlagen keine Bewilligung mehr erhielten.

Zum Ende der gelungenen Veranstaltung hatten die anwesenden Bürgerinitiativen Zeit, Erfahrungen auszutauschen und Rat bei bestimmten Fragen einzuholen.

#### **Download**

Positionspapier Massentierhaltung

(<http://www.gruene-bundestag.de/cms/archiv/dokbin/337/337285@de.pdf>)

Vortrag Klaus Richter (<http://www.gruene-bundestag.de/cms/archiv/dokbin/337/337292@de.pdf>)

Thesenpapier Hagencord/März

(<http://www.gruene-bundestag.de/cms/archiv/dokbin/337/337286@de.pdf>)

Vortrag Hanspeter Ammann (<http://www.gruene-bundestag.de/cms/archiv/dokbin/337/337287@de.pdf>)

Vortrag Stephan Keller (<http://www.gruene-bundestag.de/cms/archiv/dokbin/337/337293@de.pdf>)